lich unrichtige Strafzumessung gerügt werden (§ 311 Abs. 1 und 2 Ziff. 1 und 2 StPO).

Dem Antrag ist zuzustimmen.

Aus der Begründung:

Das Kreisgericht ist seiner Verantwortung zur allseitigen Prüfung der Voraussetzungen für den Erlass des Strafbefehls gemäß § 270 StPO nicht im erforderlichen Umfang nachgekommen. In der Rechtsprechung des Obersten Gerichts wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß die spezifische prozessuale Ausgestaltung des Strafbefehlsverfahrens nicht einseitig von Prinzipien der Beschleunigung und Konzentration des Verfahrens bestimmt wird. Die rechtspolitische Zielstellung, eine hohe Wirksamkeit des Verfahrens zu erreichen, ist in Verbindung mit allen anderen Prinzipien des sozialistischen Strafverfahrens auch bei dieser Verfahrensart zu verwirklichen. Daher erfordert auch das Strafbefehlsverfahren eine konzentrierte tatbezogene — und in diesem Rahmen allseitige — Sachaufklärung als sichere Grundlage dafür, daß die Handlung sowohl hinsichtlich der Tatbestandsmäßigkeit als auch in ihrem von der objektiven Schädlichkeit und dem Ausmaß der Schuld des Täters her bestimmten Schweregrad richtig beurteilt und eine der sozialistischen Gerechtigkeit entsprechende Maßnahme der strafrechtlichen Verantwortlichkeit ausgesprochen werden kann. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, ist ein Strafbefehl nicht zu erlassen (vgl. OG, Urteile vom 30. April 1976 - 2b OSK 4/76 - [NJ 1976, Heft 14, S. 435], vom 28. Juli 1977 - 2b OSK 13/77 - [OG-Informationen 1978, Nr. 3, S. 40], vom 13. März 1980 — 3 OSK 4/80 — [OG-Informationen 1980, Nr. 3, S. 41]).

Das Kreisgericht hätte auf der Grundlage dieser bekannten Orientierungen in der vorliegenden Strafsache beachten müssen, daß das Ermittlungsergebnis noch keine sichere und gerechte Entscheidung über die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Beschuldigten zuläßt. Feststeht, daß der Beschuldigte die Körperverletzung im Zusammenhang mit der Durchführung der dem Kollektiv übertragenen Arbeitsaufgaben gegenüber einem Kollektivmitglied begangen hat. Die Handlung resultierte somit nicht aus einem persönlichen Streit zwischen dem Beschuldigten und dem Geschädigten, sondern ihr lag eine Konfliktsituation zugrunde, die aus dem Arbeitsprozeß heraus entstanden war. Es war daher erforderlich, den Anlaß und die Beweggründe des Beschuldigten für sein Verhalten in he- und entlastender Hinsicht allseitig aufzuklären.

Der Beschuldigte erklärte stets, daß es zur Auseinandersetzung mit dem Geschädigten gekommen sei, weil dieser seine Arbeitsaufgabe, Holz ordentlich auf Paletten zu stapeln, nicht ausreichend erfüllte. Dieser Aussage stehen die Erklärung des Geschädigten und des Zeugen E. entgegen, wonach die Stapelarbeiten ordnungsgemäß erfolgten. Der am Tatort anwesende Bürger Z. wurde bisher zu dieser Frage nicht als Zeuge gehört. Auf Grund des widersprüchlichen Beweisergebnisses hätte auch nicht auf die Vernehmung der während der Tat anwesenden Kollektivmitglieder H. und R. verzichtet werden dürfen. Das ist nachzuholen.

Mit den Zeugen ist zu klären, ob die Arbeitsweise des Geschädigten berechtigten Anlaß zur Kritik bot und, wenn dies zu bejahen ist, in welcher Art und Weise der Geschädigte darauf reagierte. In diesem Zusammenhang ist auch zu klären, ob der Geschädigte, wie vom Angeklagten behauptet, unter Alkoholeinfluß stand und ggf. deshalb seine Arbeitsaufgabe nicht ordentlich erfüllte. Außerdem ist zu klären, ob der Beschuldigte bereits bei anderer Gelegenheit tätlich gegen Mitarbeiter vorgegangen ist.

Erst im Ergebnis dieser Beweiserhebungen kann der strafrechtlich relevante Sachverhalt richtig festgestellt und die Schwere der Tat des Beschuldigten beurteilt werden. Richtig ist zwar, daß die im Strafbefehl dargelegte Reaktion des Beschuldigten nicht zu akzeptieren ist. Seine Gewaltanwendung war kein akzeptables Mittel, um gegen eventuelle Arbeitsdisziplinverletzungen vorzugehen. Vielmehr bieten die Bestimmungen des Arbeitsgesetzbuchs ausreichende Möglichkeiten, auf derartige Pflichtverletzungen gebührend zu reagieren. Der Beschuldigte mißachtete durch sein Vorgehen grob das in ihn gesetzte Vertrauen und seine Pflichten als Brigadier.

Dennoch ist bei der Bewertung seines strafbaren Handelns

Informationen

Der Staatsverlag im Jahr 1987

In einem Pressegespräch am 29. Januar 1987 informierten Direktor R. Tietz und Cheflektor Dr. K. F. Gruel über das Literaturangebot des Staatsverlages der DDR 1987. Danach werden voraussichtlich rund 100 Bücher und Broschüren veröffentlicht, davon mehr als zwei Drittel Neuerscheinungen.

Den 70. Jahrestag der Oktoberrevolution und den von ihr ausgehenden Ruf zum Frieden in der Welt würdigt der Verlag vor allem mit Neuerscheinungen, die dem Kampf der Sowjetunion um Frieden, Entspannung und Abrüstung gewidmet sind. Dazu zählen zwei Arbeiten des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR: „Abrüstung — Überlebensfrage der Menschheit“ und der Sammelband „Weltraumrüstung — Strategie — Widersprüche — Alternativen“ gegen die „Sternkriegspläne“ der USA. In populärwissenschaftlicher Form wird das Thema in der Broschüre „Realismus und Vernunft kontra Weltraumrüstung“ behandelt, die in der Schriftenreihe „Blickpunkt Weltpolitik“ erscheint. Populärwissenschaftlichen Charakter hat auch das illustrierte Buch „In den Weltraum zum Nutzen der Menschheit“, eine Gemeinschaftsausgabe des Staatsverlages der DDR und des Verlages Progreß, Moskau.

Der Oberbürgermeister der Hauptstadt Berlin, Erhard Krack, publiziert in der Schriftenreihe „Kommunalpolitik aktuell“ eine Broschüre anlässlich des 750. Berlin-Jubiläums mit dem Titel „Hauptstadt Berlin und ihre Bürger“.

In dieser Reihe wird u. a. auch eine Broschüre zur Verwirklichung des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen unter dem Titel „Ein Gesetz wird Praxis“ veröffentlicht. Vier Hefte der Reihe sind in Vorbereitung, die in Auswertung der Beratung des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates mit den Vorsitzenden der Räte der Kreise und Oberbürgermeistern vom 23./24. Oktober 1986 Erfahrungen vermitteln. Einen besonderen Platz im Literaturangebot nehmen darüber hinaus das Lexikon „Arbeitsrecht von A bis Z“ und die bekannte Taschenbuchreihe „Recht in unserer Zeit“ ein, in der bisher 69 Titel mit einer Gesamtauflage von 5,4 Mill. Exemplaren erschienen.

Die Textausgaben der wichtigsten Grundgesetze (Verfassung, ZGB, AGB, FGB und Jugendgesetz) sind bisher in einer Gesamtauflage von mehr als 17 Mill. Exemplaren erschienen.

Der Verlag exportiert seine Literatur in 23 Länder und beteiligt sich jährlich an etwa 30 Messen und Ausstellungen.

zu berücksichtigen, daß der Ausgangspunkt dafür, wird er, wie früher festgestellt, bestätigt, anders zu beurteilen ist als Körperverletzungsdelikte, die aus Lust am Schlagen oder unter Alkoholeinfluß begangen werden.

Mit den Orientierungen der 5. Plenartagung des Obersten Gerichts vom 30. Juni 1983 (OG-Informationen 1983, Nr. 4, S. 3 ff.) wurde darauf hingewiesen, konsequent gegenüber Tätern zu reagieren, die anderen Bürgern vorsätzlich körperliche Schäden zufügen. Gleichzeitig wurde aber betont, die Ursachen für derartige Verhaltensweisen exakt aufzuklären, insbesondere auch gesellschaftliche Zusammenhänge von Konflikten sichtbar zu machen, wenn sich solche abzeichnen. Diese Forderungen stehen im engen Zusammenhang damit, auch auf Gewaltdelikte differenziert zu reagieren. Dieser wichtigen Voraussetzung für eine hohe Wirksamkeit des sozialistischen Rechts „wurde vom Kreisgericht mit seiner Entscheidung ungenügend Rechnung getragen. Es hat damit nicht im erforderlichen Maße die entsprechenden Orientierungen des Obersten Gerichts umgesetzt.“

Ergibt die weitere Sachaufklärung, daß sich der Beschuldigte für eine ordentliche Erledigung der Entladearbeiten und damit im Interesse des Betriebes einsetzte, mindert dies wesentlich seine Schuld. In Abhängigkeit vom Ergebnis der weiteren Aufklärung des Sachverhalts ist auch zu prüfen, ob die Sache an die Konfliktkommission des Betriebes des Beschuldigten zur Entscheidung übergeben werden kann (§§ 58, 188 Abs. 1 Ziff. 3, 191 StPO). Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, sind die Begehungsweise der Tat und ihre geringen Folgen bei der Strafzumessung zugunsten des Beschuldigten zu berücksichtigen. Daher hat bei erneutem Ausspruch einer Geldstrafe deren Höhe wesentlich unter dem vom Kreisgericht festgesetzten Betrag zu liegen.